

Die Nähe zu einer deutschen Atomrüstung trotz der Aktion der Göttinger 18 – in der Spannung zwischen Wissenschaftlichkeit und Geheimhaltung

Von Philipp Sonntag

Einführung

Im Jahr 2000 hatte unser VDW-Mitglied Roland Kollert eine Studie vorgelegt, die unmittelbar mit der Identität der VDW zu tun hat. Deshalb wurde sie damals ins Archiv der VDW gestellt¹. Zentral ist dabei seine These, die zivile Atomtechnik sei von Anfang an wesentlich stärker auf Atomrüstung ausgerichtet worden, als in der VDW und der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Dies hatte prompt einen intensiven Protest der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) ausgelöst, verbunden mit dem Vorwurf, die VDW hätte übliche Kriterien der Wissenschaftlichkeit verletzt.

Daraufhin hatte die VDW erst Mal die Studie aus dem Archiv entfernt. Dies geschah, obwohl erfahrene Mitglieder der VDW die Studie ausdrücklich gut geheißen hatten. Immerhin betrifft sie die Identität der VDW, welche mit Verhinderung von Atomrüstung eng verbunden ist. Insoweit diese Verhinderung „beinahe“ über den Weg einer geheimen Vorbereitung durch die Regierung vereitelt worden ist, geht dies die VDW und die Öffentlichkeit etwas an. Es gehört in die demokratische Diskussion. Es kann auch für die globale Proliferation und deren Einschränkung von Bedeutung sein.

Zur Klärung wurde eine interne Studiengruppe der VDW zum Thema „Methodeneinheit und Methodendifferenz in den Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften“ improvisiert. Aber deren Versuch einer Präzisierung des Begriffes „Wissenschaftlichkeit“ löste die Kontroverse nicht auf²: Denn involviert waren zwar Sozialwissenschaftler, nicht aber Experten der Naturwissenschaften, der Rüstung und ebenso nicht – das möchte ich betonen – der Geheimhaltung. Für eine ausreichend interdisziplinäre Studiengruppe der VDW wäre ein Zugang zu weit mehr Geheimdokumenten wünschenswert gewesen, als Roland Kollert zur Verfügung hatte. Ein Aufklärungsversuch solchen Aufwandes gelingt politisch kaum je, siehe die aufwendige Kommission über deutsche Diplomaten im dritten Reich und der BRD, die von Außenminister Fischer beim Auswärtigen Amt im Jahr 2005 eingesetzt wurde, also nach den kritischen Ereignissen um bis zu über 60 Jahre verspätet³.

Obwohl ein vergleichbarer Aufwand bezüglich Atomrüstung durch KTG, VDW und Regierungsstellen grundsätzlich denkbar wäre, so dürfte er nicht zuletzt aus diplomatischer Rücksichtnahme wohl kaum zustande kommen, wie im Folgenden noch deutlich werden soll. Jedenfalls ist seit 2000 im Rahmen der VDW und auch

¹ Kollert, Roland: Atomtechnik als Instrument westdeutscher Nachkriegs-Außenpolitik - Die militärisch-politische Nutzung ‚friedlicher‘ Kernenergietechnik in der Bundesrepublik Deutschland; von der VDW 2000 ins Archiv gestellt mit einer Notiz von Hans-Peter Dürr "Zum Geleit" und einem Vorwort von Wolfgang Liebert.

² Bieber, Hans-Joachim und Hans G. Nutzinger unter Mitarbeit von Hans-Jochen Luhmann. Methodeneinheit und Methodendifferenz in den Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften“. Abschlussbericht einer Studiengruppe der VDW, 2003. S. 1-3; siehe www.vdw-ev.de im MENU: Publikationen und weiter: VDW-Materialien

³ Conze, Eckart et al: Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im dritten Reich und in der Bundesrepublik, Blessing, 2010, 879 S.

sonst keine wissenschaftlich umfassende Untersuchung zu einer verdeckten Atomrüstung und/oder zur Rolle der KTG erfolgt.

Dennoch: Die Frage, inwieweit Deutschland sich nach dem II. Weltkrieg in Richtung militärischer Nutzung der Atomtechnik bewegt hat, und inwieweit über Jahrzehnte hinweg kritische Waffentechnik in Spannungsgebiete geliefert wurde, ist gerade heute im Hinblick auf die aktuellen globalen Rüstungsprobleme ein wichtiges Thema.

Mein Anliegen ist zu zeigen: Für eine gesellschaftliche Diskussion einer Atomrüstung liefert die Studie von Roland Kollert ausreichend begründete Anhaltspunkte. Was ihr als unwissenschaftlich angelastet wurde, hat – wie im Folgenden noch deutlich werden soll – vor allem mit den Usancen von Geheimhaltung zu tun. Ich meine, die VDW kann und sollte die seit 2000 umstrittene Situation jetzt ohne viel Aufwand klarstellen. Die VDW hat ein Recht, Anhaltspunkte ihrer Mitglieder in ein Archiv zu stellen, welche für eine potenzielle, detailliert seriöse Aufklärung zumindest Einstiegshilfen bieten, sei es auch nur als strittige Punkte.

Inhaltsübersicht

1. Die Verantwortung im Umgang mit Atomtechnik (Seite 3): Unvermeidbare Problematik von Dual-Use Technik.
2. Die Thesen von Roland Kollert (S. 5): Die Anwendung der genannten Kriterien ergibt für die Mosaiksteine der Beweisführung ein gut erkennbares Bild in Richtung einer Vorbereitung deutscher Atomrüstung – auch wenn sachbedingt einzelne Mosaiksteine nur bedingt nachprüfbar sind. Wissenschaftliche „Beweise“ für die Rolle der KTG können und sollen diese Anhaltspunkte nicht sein.
3. Zur Reaktion der Kerntechnischen Gesellschaft (S. 11): Eine nachvollziehbare Empörung, nachdem es für ein eigenes militärisches Interesse der KTG keine Anhaltspunkte gibt.
4. Die Diskussion des Begriffes „Wissenschaftlichkeit“ führte nicht zu einer Auflösung der Kontroverse (S. 14)
5. Die Reaktion von Franz Josef Strauß auf die Göttinger 18 und die VDW (S. 17): Wie zu erwarten, hat er sich aktiv und mit hohen Investitionen um effektive Vorbereitungen zur Atomrüstung bemüht. Dafür gibt es klare Anhaltspunkte! Aber der breite und anhaltende politische Widerstand hat die letzten Schritte zu einer deutschen Atomrüstung dennoch verhindert.
6. Zukünftige Verantwortung der Wissenschaftler (S. 20)
7. Fazit (S. 24)

1. Die Verantwortung im Umgang mit Atomtechnik

Was die politische Verantwortung der Wissenschaftler betrifft, so dürfen diese nicht generell auf wissenschaftlich erhärtete Belege zur Beachtung einer Gefahr warten. Sonst müssten diese geradezu zweifelsfreie (breit akzeptable und akzeptierte) Beweise zum Eintritt jeglicher Katastrophe verfügbar haben, um sie überhaupt diskutieren zu können.

Entsprechend hatten die Göttinger 18 auf vage, aber durchaus alarmierende Anhaltspunkte – stark und rasch – reagiert⁴:

Bis zum Beginn des Jahres 1957 schien es so, als stünde die Frage einer „atomaren Bewaffnung“ der Bundesrepublik nicht zur Debatte. Plötzlich stand sie jedoch im Raum, als nämlich der Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, in der Öffentlichkeit anfang, Reden über eine „moderne“ Bewaffnung der Bundeswehr zu halten. So erklärte er auf einer Pressekonferenz am 5. April 1957, taktische Atomwaffen seien im Grunde nichts anderes als eine „weiterentwickelte Artillerie“. So hörte die Öffentlichkeit erstmalig davon, daß diese Dinge insgeheim doch schon längst debattiert wurden.

Ja, es geschah „Insgesamt doch schon längst ...“ und es war demokratisch relevant. Es wurde, wie Günther Heipp auf den folgenden Seiten berichtet, in den Auseinandersetzungen der Göttinger 18 mit den Regierungsvertretern, vor allem mit Franz Josef Strauß, höchst emotional diskutiert. Keine noch so wissenschaftliche Studie hätte diesen Streit auflösen können.

Es wäre eine Verkenning der Persönlichkeit von Franz Josef Strauß, wenn man annehmen würde, er hätte die Zurückweisung seiner Pläne einfach so hingenommen. Und tatsächlich werden immer mehr Anhaltspunkte zu einer geheimen Vorbereitung deutscher Atomrüstung nach 1957 deutlich. Dies sollte spätestens jetzt genügen, um von der VDW beachtet und um für die öffentliche Diskussion zugänglich gemacht zu werden. Hierfür wird bei näherer Betrachtung und zusätzlichen Daten deutlich, dass die Studie von Roland Kollert bereits 2000 genau solche Anhaltspunkte zweifelsfrei bereit gestellt hatte.

Weitaus schwieriger wäre ein Urteil über die Rolle von Atomtechnikern der KTG. An sich erfordert ein Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“, bei einem politisch relevanten Thema welches die Identität der VDW unmittelbar betrifft, eine Antwort. Aber ich empfehle zu bedenken: Eine detaillierte wissenschaftliche Aufklärung der Rolle der KTG wäre aufwendig und kann von der VDW keineswegs geleistet werden. Bei den Schriften von Roland Kollert und mir mögen Fakten einen Eindruck zur Art der Vorgehensweise der KTG vermitteln, das lässt sich kaum vermeiden: Es besteht jedoch keinerlei Anlass zu einem Vorwurf der VDW gegenüber der KTG. Es gab auch keinen solchen Vorwurf seitens der VDW.

Die Ausgangslage: Der Aspekt „Dual-Use“, die Möglichkeit einer politisch geplanten und praktisch durchgeführten Verbindung von ziviler und rüstungsorientierter Nutzung, hatte sich innerhalb kurzer Zeit dramatisch entwickelt. Die Reaktionen der Göttinger 18 (Erklärung am 13. 4. 1957) und der VDW (insbesondere mit der Kriegsfolgenstudie⁵) waren rasch, intensiv und sehr wirksam. Trotz aufwendiger

⁴ Heipp, Günther: Es geht ums Leben! Hamburg, 1965, S. 35-42; zitiert nach Militärpolitik Dokumentation, Heft 25: Der Streit um die atomare Bewaffnung, S. 41-46

⁵ Carl-Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. Hanser München, 1971

Bemühungen bestimmter Politiker um eine deutsche Atomrüstung – deren Umfang bei Roland Kollert sehr deutlich wird – ist bis heute die deutsche Atomwaffe ein Tabu. Dazu trug eine breite Zustimmung von sehr verschiedenen Gruppen in der BRD wesentlich bei, so die Teilnehmer der Ostermärsche, Albert Schweitzer (bereits 23. 4. 1957), der Papst, verschiedene Gruppen der Kirchen, der Frauen, der Professoren, der Gewerkschaften usw.

Zunächst schien eine Atomrüstung für die BRD gar nicht angedacht zu sein. Noch 1954 hieß es⁶:

Die hohen Vertragsschließenden Teile und Mitglieder der Westeuropäischen Union nehmen die Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland (am 3. Oktober in London abgegeben und diesem Protokoll als Anlage I beigefügt) zur Kenntnis, mit welcher die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hat, in ihrem Gebiet keine Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen herzustellen, und geben ihre Zustimmung zu Protokoll.

Daraufhin erlaubten bereits Ende 1954 die Besatzungsmächte Westdeutschland den Bau eines Atomreaktors. 1955 wurde Franz Josef Strauß als „Minister für Atomfragen“ ernannt. Unter anderem Heisenberg hatte sofort den Verdacht, dass das erste Atomforschungszentrum in Karlsruhe auch zu einer Vorbereitung militärischer Nutzung der Atomkraft dienen sollte⁷. Debatten im Bundestag⁸ zeigen, wie stark bereits 1957 und auch in den Jahren danach eine Atomrüstung der BRD laufend erwogen wurde und wie sie höchst umstritten war.

Wie bekannt, war der kommerzielle Eintritt von Firmen der Kernenergie nur möglich geworden, weil die deutsche Regierung das Risiko der Haftung nach oben begrenzt hatte – was durch militärische Interessen motiviert sein konnte. Politisch aber ließ sich der Bau einer deutschen Atomwaffe in den Jahren nach 1957 trotz aller geheimen Vorbereitungen nicht durchsetzen.

Der Streit um die rein zivile Nutzung der Atomtechnik wurde politisch in Deutschland entsprechend weitgehend abgeschlossen, nachdem am 14. August 2012 Peter Terium, der neue Vorstandsvorsitzende der RWE AG auf einer Pressekonferenz kundtat, dass das Risiko der Atomtechnologie nicht mehr tragbar sei⁹. Wenn man nachforscht, stellt sich heraus, dass dies keine Aussage über das technische, sondern vielmehr über das kommerzielle Risiko war, und zwar aus aktuellem Anlass des von der Regierung beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie.

Für die VDW von zentraler Bedeutung ist nicht die Rolle der KTG, sondern vielmehr die – von wem auch immer verursachte – Nähe der speziell in Deutschland eingerichteten Atomtechnik zu einer rasch implementierbaren deutschen Atomrüstung. Unter diesem Aspekt sind die Thesen von Roland Kollert zu betrachten.

⁶ Aus dem Protokoll Nr. II über die Rüstungskontrolle der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 – Artikel 1. In: Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Sonderheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln 1962, S. 53

⁷ Herbig, Jost: Kettenreaktion. Das Drama der Atomphysiker. Hanser, 1979, S. 461-464

⁸ Verhandlungen des deutschen Bundestages, so mit Redebeiträgen der Abg. Erler, Adenauer und Strauß in der 209. Sitzung der 2. Wahlperiode am 10. 5. 1957; so mit Redebeiträgen der Abg. Erler, Strauß und Schmidt in der 7. und 8. Sitzung der 5. Wahlperiode am 29. und 30. 11. 1965.

⁹ Markus Balsler: ENERGIEKONZERNE - Die zweite Wende. In SZ 16. 8. 2012.

2. Die Thesen von Roland Kollert

Die Arbeit von Roland Kollert löste eine breite und lebhafte Kontroverse aus, die bis heute nicht aufgelöst wurde. Zunächst war die Aufnahme der Studie von Interesse geprägt gewesen. Die VDW nahm sie in ihr Archiv im Internet auf und trug auf Seite 3 dies bei:

Roland Kollert zeigt in der vorliegenden Studie, daß von der Adenauer-Regierung mehr angestrebt worden ist als die Ausrüstung der jungen Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen. Adenauer, Strauß u.a. waren darauf aus, eine bundesdeutsche Kapazität zur Produktion von Atomwaffen zu schaffen. Mit der Entwicklung der Atomtechnologie für zivile Zwecke wurde die militärische Option zunächst ermöglicht und später offengehalten.

Im Vorwort der Studie hatte Wolfgang Liebert notiert:

Roland Kollerts überzeugend formuliertes und hervorragend recherchiertes Arbeitspapier wird in Erinnerung an den 40. Jahrestag der Gründung der VDW veröffentlicht.

Danach kam der Vorwurf der KTG einer mangelnden Wissenschaftlichkeit. Das Arbeitspapier wurde daraufhin aus dem Archiv entfernt – aber mangels grundlegender zusätzlicher Untersuchungen nie wieder ins Archiv zurück gestellt. Das ist eine offene Wunde. Zu Recht wies Wolfgang Liebert noch 2009 im Band „50 Jahre VDW“, auf diesen unbefriedigenden Zustand hin. Aber was tun? Die Analyse des Umganges mit Atomrüstung von Roland Kollert war in der VDW als brisant erkannt worden. Er hatte als ersten, weitgehenden Satz seiner Studie vorangestellt (S. 14, aufgegriffen von Wolfgang Liebert auf Seite 9 seines Vorwortes zur Studie):

Eine generelle These zunächst: Alle Regierungen, die je staatliche Programme zur zivilen Entwicklung von Nuklearforschung und Kerntechnik lancierten, verfolgten damit, zumindest zeitweise, außenpolitisch-militärische Ziele.

Roland Kollert hatte dazu Hinweise gegeben, dass die ganze Ausrichtung der zivilen Kerntechnik von der deutschen Regierung – wie von sehr vielen weiteren Regierungen – willkürlich und aufwendig auf Dual-Use ausgerichtet worden sei, derart dass eine Umorientierung auf den Bau von Atomwaffen rasch und einfach möglich gewesen sei.

Eine zivile Variante der Technik, welche Dual-Use ferne ist, wurde in vielen Staaten gar nicht erst ernsthaft erwogen. Das lag an Vorgaben der Regierungen für Förderung. Indem sich dadurch dann eine industrielle, in den größeren Staaten von den Regierungen gezielt geförderte Infrastruktur für Dual-Use herausbildete, setzte man später (auch bei geringerem Interesse an Atomrüstung) gleichermaßen in kleineren Staaten auf diese industriell inzwischen am besten verfügbare Technik. Dual-Use wurde so durch Förderung und den Markt immer preiswerter, es gab mehr Fachleute, mehr Zulieferungen, es wurde Normalität – bei der man schließlich nicht mehr nachfragte, inwieweit die zivil genutzte Atomtechnik zugleich der Rüstung nahe stand. Von daher erscheint es glaubhaft, wenn Experten, etwa aus der KTG, vor allem jene die ganz am Anfang nicht mit dabei waren, sagen, mit einer Nähe zur Rüstung hätten sie sich nicht befasst, vor allem aber sei eine bewusste Täuschung der Gesellschaft völlig abwegig.

Zugleich wird es immer Experten geben, welche die gezielten Entscheidungen in Richtung Dual-Use für eine rasche militärische Umsetzung durchschauen und Alternativen kommerziell bewerten können. Technisch setzt dies beim Einzelnen eine ungewöhnliche Breite des Wissens voraus. Im Grunde müsste man gleichzeitig Experte in mehreren Gebieten sein, insbesondere Atomphysiker, Maschinenbauer und Rüstungsfachmann, um zu beurteilen, ob eine kommerziell günstigere Ausrichtung auf eine rüstungsferne zivile Kernenergie möglich gewesen wäre.

Experten, welche zumindest die Tatsache von Dual-Use sahen, hat es jederzeit gegeben. Beispielsweise zitierte ich in einem Thesenpapier¹⁰ eine entsprechende Behauptung von anerkannten Experten aus einem anerkannten Institut (Internat. Inst. For Strategic Studies, London):

An anderer Stelle wurde ausgeführt ... dass derzeit etwa 30 Länder ohne Schwierigkeiten Atombomben herstellen können und somit ein ausreichender Markt für Saboteure nicht zu verhindern ist¹¹

Roland Kollert nennt 2000 insgesamt 37 Staaten, bei denen Dual-Use im Ansatz beachtet wurde. Er setzte seinen Schwerpunkt etwas anders, nämlich darauf, dass eine ausschließlich zivilen Zwecken dienende Kernenergie völlig anders aussähe.

Hans-Peter Dürr hat in diesem Sinne in seinem Geleitwort zur Studie von Roland Kollert die naheliegenden machtpolitischen Motive der Investition in eine bestimmte – nicht selbstverständliche – Form der zivilen Kernenergie betont:

Fern von Europa war mir entgangen, daß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein großer Teil der europäischen Nationalstaaten die atomtechnologischen Möglichkeiten auslotete und sogar eine Modernisierung ihrer Streitkräfte durch Atomwaffen als notwendig erachtete, um künftig ihre politische Souveränität sichern zu können. Dies geschah 1956 auf einem Höhepunkt des Kalten Krieges ... Es war mir 1956 fern von Deutschland auch nicht bewußt gewesen, in welchem Maße die Westanlehnung Westdeutschlands durch Adenauer zu einer Remilitarisierung Deutschlands geführt hatte, wie dies 1953 mit der Änderung des Grundgesetzes, die wieder eine militärische Verteidigung zuließ, dem Beitritt 1955 zu den westlichen Verteidigungssystemen und 1956 der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht seinen Lauf nahm. Vielleicht hielt es Adenauer wirklich für möglich, wie Kollert analysiert, langfristig eine Wiedervereinigung Deutschlands durch eigene Kernwaffen ertragen zu können. Doch könnte sein Wunsch, durch einen forcierten Reaktorbau vor allem den neuen Spaltstoff Plutonium in ausreichender Menge für einige Atombomben zu erbrüten, auch einfach aus seinem Bestreben resultiert haben, für Deutschland eine in jeder Hinsicht gleichberechtigte Stellung in der europäischen Völkerfamilie zurückzugewinnen. Dazu gehörte wohl aus damaliger Sicht offensichtlich, nach dem Muster von Großbritannien und Frankreich, die technische Kompetenz zum Bau und der Besitz von Atomwaffen – einer „modernen Artillerie“, wie es sich Adenauer vorstellte.

¹⁰ Sonntag, Philipp: Die Festigkeit dicker Betonwände gegenüber Druckwellen von konventionellen und atomaren Bomben. Der Schutz von Räumen durch eine unterirdische Anordnung. Interne, nicht für Zitate freigegebene Arbeitsnotiz. MPIL 7. Juni 1977, S. 6

¹¹ Greenwood Ted; Rathjens, G.W. und Ruina J.: Nuclear Power and weapons proliferation. London: IISS 1976. 51 S. (Adelphi Papers Nr. 130)

Die umfassende Einrichtung einer „Plutoniumwirtschaft“ spielt in der Argumentation von Roland Kollert in der Tat eine wichtige Rolle. Dies gilt ungeachtet der späteren Vermeidung der beiden Brüder in Deutschland, nachdem die auch zivil enormen Gefahrenpotenziale dieser Technologie vor allem durch Jürgen Seetzen aufgedeckt worden waren.

Roland Kollert hob hervor (auf Seite 6 seiner Studie), dass im Rahmen üblicher kommerzieller und Risikobewusster Überlegungen eine zivile Atomwirtschaft gar nicht erst entstanden wäre:

Wegen dieses hohen, schwer eingrenzbaeren Schadenspotentials eines Atomreaktors weigerte sich die westdeutsche Versicherungswirtschaft in den 50er Jahren, das Risiko von Kernkraftwerken zu decken. 1957 erläuterte ein Versicherungsexperte im Bundestagsausschuss für Atomfragen:

“Es ist ein allgemein anerkannter, unbestrittener Rechtsgrundsatz des Staatsrechts, daß der Staat verpflichtet ist, seine Bevölkerung zu beschützen. Durch die Zulassung von Kernenergie-Produktionszentren mit ihrer inhärenten, zusammengeballten, gewaltigen Energie, die durch menschliches Versagen oder aus irgendwelchen Gründen unkontrolliert sich auslösen könnte, handelt er diesem Grundsatz zuwider.”

Erst als 1959 das Atomgesetz künftige Kernkraftbetreiber von allen Schäden freistellte, welche von der Versicherung nicht gedeckt wurden bzw. nicht zu decken waren, wurden Reaktoren versicherbar. Diese Staatshaftung galt bis zu einem Schaden von 500 Millionen DM, das jenseitige Restrisiko blieb offen. Der staatliche Eingriff stützte das Betriebsrisiko der Energieunternehmen bzw. der Versicherungswirtschaft künstlich, setzte damit die wirtschaftsübliche Vermeidungsstrategie gegen anthropogene Katastrophenrisiken außer Kraft und ermöglichte so erst den Bau von Atomkraftwerken.

Allein diese Episode deutet an, daß jenseits von energie- und wirtschaftspolitischen Aspekten weitere wichtige Staatsmotive wirkten. Man darf schließen, daß die Regierungen und Eliten die zivile Sozialisation der Kerntechnik trotz ihres Katastrophenpotentials durchsetzten, weil für sie die außen- und machtpolitischen Ziele vorrangig waren (dazu am Schluß mehr). Die Kommerzialisierung von Kernkraftwerken wäre ohne die Regierungsintervention sehr wahrscheinlich schon an der Risikofrage gescheitert.¹²

Die deutsche Regierung sah im Sinne der Geheimhaltung keinen Anlass, bei den zivilen Förderungsempfängern ihre militärischen Motive auszubreiten. Es liegt also nahe, dass Roland Kollert hierzu genau „nur“ einige wenige Belege gefunden hat, etwa Erich Bagge betreffend, wie noch zu zeigen sein wird.

Die geheimdienstliche Zurückhaltung gilt erst recht für die Jahrzehnte, nachdem sich die Pläne für den deutschen Bau von Atomwaffen zerschlagen hatten. Daher erscheint es als glaubwürdig, wenn die KTG empört eine insgeheime Orientierung auf militärische Nutzung zurückweist. Die KTG hatte keinen Anlass, ein Team von Maschinenbauern der Energietechnik, von Atomphysikern, Betriebs- und Volkswirtschaftlern, Rüstungsexperten, Geheimdienstlern usw. zusammenzustellen, um dann bestenfalls eine für ihre Vorgänger öffentlich schwierig zu diskutierende Situation zu schaffen. Anders die VDW; Ihr Interesse entzündet sich allein schon

¹² Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz), vom 23.12.1959, § 36 (1).

intern daran, was es alles an gefährlichen Plänen gegeben hatte, welche die Göttinger 18 tatsächlich hätten stoppen können.

Für mich ist evident, dass die KTG kein militärtechnisches Interesse hatte, welches ihre zivilen Vorhaben nur unnötig erschweren konnte. Der Vorwurf des Täuschens, genauer eigene militärische Motive möglichst strikt geheim zu halten, ist in erster Linie bei der Regierung zu vermuten. Reine Spekulation: Es kann dienstbeflissene bis selbstmotivierte Atomtechniker gegeben haben, welche Regierungsaufträge, geheim oder nicht geheim, verstanden und unterstützt haben, sei es nun loyal oder aus eigener Überzeugung. Sie mögen jetzt nicht an Aufdeckung interessiert sein, auch aus den Regelungen zur Geheimhaltung heraus. Es ist weder Aufgabe, noch Interesse der VDW, sich an einer schwierigen Aufdeckung zu beteiligen.

Auf jeden Fall gilt, eine Untersuchungsmethode, insbesondere eine Evaluation, welche Motive und Usancen der Geheimhaltung ignoriert, kann schon im Ansatz gar nicht wissenschaftlich sein. Hierzu notierte Roland Kollert auf Seite 8:

... weitere Beispiele für die leichte zivile Tarnbarkeit militärisch gewünschter Charakteristiken der Kerntechnik sind Legion, ebenso die Beispiele für entsprechende Fehldeutungen naturwissenschaftlich-technisch Unkundiger. So treffen etliche Untersucher der deutschen Atomtechnologiepolitik regelmäßig auf eklatante energiewirtschaftliche Widersprüche und andere Merkwürdigkeiten der Technikentwicklung, können diese aber wegen des unterstellten rein zivilen Kontexts nicht befriedigend erklären. Die Autoren berufen sich deshalb notgedrungen auf Phänomene, die nur vordergründig eine Rolle spielten, etwa auf eine angebliche Irrationalität, welche Großtechnikprojekte immanent begleiten, auf Versagen staatlicher Steuerungsmechanismen bei der (nuklearen) Technikgenese, auf eine generelle volkswirtschaftliche Ineffizienz staatlicher FuE-Politik bei marktnahen Techniken oder auf ökonomische Naivität von wissenschaftsgläubigen, technikfaszinierten Ingenieuren.

Nach Ansicht des Verfassers ist das verfügbare Archivmaterial in Bezug auf die Entwicklungsziele,-motive, Investitions- und Bedarfsbegründungen in der Regel unvollständig oder irreführend, abgesehen von einigen Zufallsfunden mit klaren Aussagen. Fast alle Texte halten sich strikt, manchmal seltsam formelhaft, an die übliche Atoms-for-Peace-Diktion. Auch interne Protokolle, Dossiers und Aktennotizen sind in rein ziviler Sprache verfaßt, nur selten werden ‚andere‘ Nutzenaspekte erwähnt, deren Art bleibt aber im Dunkeln. Die meisten archivierten Briefe beschränken sich auf den Austausch von Formalitäten wie Sympathie-, Dankesbekundungen und weitere Verabredungen. Die besprochenen Themen werden gar nicht oder nur in Kürzeln genannt. Wenn einmal ein Dokument Dual-Use-Aspekte erörtert, etwa den Stand der Atomwaffenprogramme in anderen Ländern oder die Chance der Bundesrepublik, vertraglich festgelegte Atomkontrollen der Westeuropäischen Union zu umgehen, hält es sich strikt an technische Aussagen und vermeidet jeden Hinweis auf Motive und strategische Ziele. Offenkundig lief die Kommunikation über den militärischen Aspekt weitgehend mündlich und informell ab. Nur einige besondere Dokumente, etwa geheime, zufällig aufgefundene Kabinettsvorlagen, geben dem hartnäckigen Forscher Einblick.

Im Übrigen zitiert Roland Kollert mehrere Dokumente, welche im Detail die Vorarbeit für spätere rüstungspolitische Schritte einer deutschen Atomrüstung sehr genau

belegen und somit auch eine mögliche gezielte, verständige Mitarbeit von Atomtechnikern nachvollziehbar machen.

Mit den Göttinger 18 waren keineswegs alle deutschen Atomphysiker solidarisch. Ein Musterbeispiel ist der Atomphysiker Erich Bagge, er notierte im Rahmen eines Konzeptes für Franz Josef Strauß (Seite 20 bei Roland Kollert, mit einem Hinweis, dass Bagge bei der Aufklärung sich bemerkenswert offen und kooperativ gezeigt hat):

“Erzeugung von Plutonium” in einem schnell realisierbaren Reaktor. Dabei “kommt es nicht darauf an, die anfallende Wärmeenergie in irgendeiner Weise nutzbringend zu verwenden.” Der Reaktor solle es “in einer Zeit von 2 – 3 Jahren mit reindeutschen Hilfsmitteln erlauben, zu größeren Plutoniummengen zu gelangen”. (Unterstreichungen im Original.)

Auf Seite 21 berichtet Roland Kollert:

Bagge schlug im September 1958 Strauß in einem zweiten Brief vor, den offenkundigen militärischen Zweck des Reaktors besser zu tarnen. Damit begegnete er vermutlich Bedenken, die ministerielle Fachbeamte geäußert hatten. Man könne den Produktionsreaktor, so Bagge, “zugleich als Heizwerk verwenden, um die anfallende Wärme technisch auszunutzen.” Außerdem könne die Anlage so betrieben werden, daß “das Uran 238 lange genug im Reaktor bestrahlt wird”, so daß das “erzeugte Plutonium” nicht für die “Herstellung von Atombomben” verwendet werden kann. Dennoch bliebe es “ein außerordentlich wertvoller Betriebsstoff für Leistungsreaktoren (...) auch für den Bau von schnellen Reaktoren.” Bagge regte an, die Plutoniumproduktion als Brennstoffproduktion darzustellen, auch für Schnelle Brüter. Denn bei der “gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik” sei es “angeraten, diesen Weg der Plutoniumerzeugung zu wählen, (...) der in der Öffentlichkeit ohne weiteres vertretbar ist”. Er “läßt sich so sauber begründen, daß sich auch mißtrauische Leute, die Plutoniumerzeugung argwöhnisch mit der Herstellung von Atombomben identifizieren, beruhigen lassen” – dies war vermutlich auf die ‚Göttinger‘ gemünzt.

Plutoniumwirtschaft wurde in großem Stil geplant, so S. 29

Die vorgesehene Reprocessing- bzw. Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) sollte eine Kapazität von 100 Jahrestonnen Brennstoff besitzen, also ebenso groß sein, wie die in Frankreich gerade gebaute militärische Anlage von Marcoule.

Und, aus einem Kurzprotokoll 1958 zitiert, ein Beispiel zur Entlastung der KTG (S. 41):

Die Planer des Atomprogramms nahmen an, die Energiewirtschaft würde daran als Besteller und Betreiber der fünf Reaktoren mitwirken. Doch die Energieversorgungsunternehmen zeigten dem Atomministerium die kalte Schulter, obwohl es, noch dezent, bereits Subventionen anbot. Am 7.11.1958 analysierte der Arbeitskreis Kernreaktoren ungewöhnlich offen das Desinteresse der Energiewirtschaft und resümierte selbstkritisch und treffend, das “500 MW Atomkraftwerksprogramm (sei) ohne die Mitwirkung der EVUs zustande gekommen”; diese seien “bei der Aufstellung des Programms (gar) nicht gehört worden” – eine merkwürdige Vorgehensweise bei der Entwicklung neuer Kraftwerkstypen.

Frankreich suchte Ende der 50er Jahre vorübergehend eine kostensparende Kooperation mit Deutschland mit dem Ziel, eine Wasserstoffbombe zu bauen (S. 14). Teils wurden Kontroversen zu solchen militärischen Optionen ganz offen ausgetragen, so S. 23 in Fußnote 39:

Wenn sich C.F. v. Weizsäcker bemühte, im Arbeitskreis Kernphysik allzu militärisch orientierte Fusionsforschungsvorhaben abzuwenden, tat er sich insofern schwer damit, als Arbeiten, die in einem Dual-Use-Kontext standen, auch als Grundlagenforschung zu rechtfertigen waren. Deutlich wird hier die Schwierigkeit, in der Fusionsforschung Dual-Use-Aspekte klar zu erkennen und militärische Pfade zu unterbinden.

Erich Bagge war Mitglied im „Wissenschaftlich-technischer Verteidigungsbeirat“, den Franz Josef Strauß im März 1958 konstituiert hatte. Aktionen der Mitglieder dieses Beirates verdeutlichen unter anderem, dass es in Deutschland durchaus Atomphysiker gegeben hat, die sich aktiv an einer Atomrüstung beteiligen wollten und konkrete Beiträge in diese Richtung lieferten. Schier unglaublich, was alles Franz Josef Strauß vergebens versucht hat, um gegen die VDW doch noch eine deutsche Atomwaffe zu erreichen.

Schwer zu beurteilen ist die diffizile, vielschichtige Rolle von Wolf Häfele. Er wurde engagiert von der KTG verteidigt. Ich erinnere mich an Wolf Häfele aus persönlichen Gesprächen (am Rande seiner Besuche bei Carl Friedrich von Weizsäcker) als einen für ethische Probleme höchst sensiblen Manager, der es sich keineswegs leicht machte. Zu ihm belegt Roland Kollert eine Reihe von Äußerungen und Maßnahmen, welche einen klaren Bezug zur militärischen Nutzung haben, dabei jedoch, meine ich – für Häfele typische – unterschiedlich bewertbare Haltungen ausweisen, so S. 57:

Eine höchst interessante Studie zur deutschen Kerntechnologiepolitik im Zeichen der internationalen Atomwaffensperrdebatte verfaßte 1965 der Chef des Schnellbrüterprojekts des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Wolf Häfele. ... Die Einführung von Brutreaktoren führt demnach zur Beherrschung der Plutoniumtechnik in großem Maßstab – mit atompolitischen Folgen (S. 16 der Studie von Wolf Häfele):

"Die Intensität der Beherrschung der Pu-Technologie in den kommenden Jahren und die Menge des in den 70er Jahren anfallenden Plutoniums in Deutschland bedeuten aber, daß die technologische Schwelle zur militärischen Nutzung der Kernenergie in Deutschland ganz außerordentlich klein werden wird."

Roland Kollert zeigt die ganze Ambivalenz und Vielschichtigkeit der Position von Wolf Häfele in den zugehörigen Texten auf und zieht ein Resümee (S. 59):

Seine Schlüsselbotschaft lautet, daß Brutreaktoren die Kenntnis der Plutoniumtechnologie qualitativ („Intensität der Beherrschung“) wie quantitativ („Menge des anfallenden Plutoniums“) soweit steigerten, daß die Schwelle zur Atommacht ‚außerordentlich klein‘ werde. Häfele fordert gleichzeitig zu einer Annahme des Atomwaffensperrvertrags auf, der freilich noch der Modifikation bedürfe. Er wendet sich damit gegen jene atompolitischen Falken, die wie Alt-Bundeskanzler Adenauer und Bundesfinanzminister Strauß (ab 1966) vehement die Verweigerung des Nichtverbreitungsvertrags fordern und offenbar noch an einen geradlinigen, baldigen Eintritt in den Atomclub glauben.

3. Zur Reaktion der Kerntechnischen Gesellschaft

Die spontane Reaktion der KTG auf die Arbeit von Roland Kollert ist nachvollziehbar. Die KTG war empört, dass der Eindruck entstand, sie könnte die Ausrichtung der zivilen Kerntechnik auf Atomrüstung betrieben und verschleiert haben. Hierzu gibt es viele Aspekte, zunächst das Selbstverständnis der KTG.

Den Standpunkt der KTG konnte jeder im Internet nachlesen, sowohl in einem Editorial als auch in einem Brief an die VDW¹³ (allerdings war die Seite April 2013 gehackt¹⁴):

Editorial von Dr. Wolf-Dieter Krebs – Vorsitzender der Kerntechnischen Gesellschaft e. V.

Die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist eine politische Entscheidung. Ein völkerrechtsverbindliches Bekenntnis eines Staates dazu zieht internationale Kontrollen aller nuklearen Aktivitäten nach sich. Ein kommerzielles Kernkraftwerksprogramm und der damit verbundene Kernbrennstoffkreislauf sind nicht zu verheimlichen. Wer der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Proliferationsgefahr vorwirft, sollte eigentlich dadurch nachdenklich gestimmt werden, dass kein Atomwaffenstaat den teuren Umweg über ein sehr leicht zu entdeckendes bzw. zu kontrollierendes Kernkraftwerksprogramm gegangen ist. Auch die "verdächtigen" Staaten wie früher zeitweise Südafrika oder Irak haben billigere direkte Wege zur Atomwaffe verfolgt, die viel schwieriger zu entdecken sind. Die USA bieten derzeit mit internationaler Unterstützung Nordkorea zwei moderne Druckwasserreaktoren an, um die Proliferationssicherheit wesentlich zu erhöhen.

Angesichts dieser Tatsache habe ich mich gezwungen gesehen, mit dem nachfolgenden abgedruckten Brief gegen eine nicht nur meiner Meinung nach unseriöse Studie zu protestieren.

#####

An die Mitglieder des Vorstands der
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. (VDW)
Schopenhauerstr. 26
14129 Berlin

Bonn, 16. November 2000

*Die von Ihnen geförderte Studie von Roland Kollert:
"Atomtechnik als Instrument westdeutscher Nachkriegs-Außenpolitik"*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kerntechnische Gesellschaft e. V. (KTG) ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern,

¹³ http://www2.kernenergie.de/ktg/de/ueber_uns/editorial/2000_12_editorial.php?navid=3
Editorial von Dr. Wolf-Dieter Krebs - Vorsitzender der Kerntechnischen Gesellschaft e. V. , Dezember 2000.

¹⁴ Kernenergie.de: Webseite von Atomkraftgegnern gehackt - Internet ...
www.bild.de › Digital; 10.11.2010 – Atomkraft-Gegner haben die offizielle Webseite Kernenergie.de gehackt. Sie hinterließen die Nachricht: „Kernenergie. So sicher wie diese ...“

Wirtschaftlern und anderen Personen mit dem Ziel, den Fortschritt von Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und verwandter Disziplinen zu fördern.

Als Vorsitzender der KTG finde ich es äußerst bedauerlich, dass die Kerntechnische Gesellschaft nicht im Vorfeld der Veröffentlichung der obigen Studie einbezogen oder wenigstens um eine Stellungnahme gebeten wurde. Der Vorgang ist mir erst in den letzten Tagen durch eine Information von Mitgliedern der KTG zur Kenntnis gelangt.

Kollert unterstellt führenden, an der Entwicklung und dem Aufbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland beteiligten Wissenschaftlern und Technikern, ihr Tun sei vorrangig auf ein latentes Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrages ausgerichtet gewesen, die energiewirtschaftliche Nutzung sei hierbei bestenfalls zweitrangig gewesen und diene nach Ansicht Kollerts "der Tarnung und Täuschung". Die Kerntechnische Gesellschaft, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1969 intensiv für die ausschließlich friedliche Nutzung der Kernenergie eingesetzt hat, weist die unhaltbaren Behauptungen Kollerts zurück und protestiert gegen die einseitige, unterstellende Art der Aufarbeitung geschichtlicher Dokumente. Kollert selbst sieht sich veranlasst, die "Methodik" seiner „Geschichtsforschung" von der wissenschaftlich etablierten Herangehensweise abzusetzen, indem er auf Seite 5 seiner Studie dafür plädiert, sich von der "direkten Deutung von Dokumenten, Publikation und Interviews", die seiner Ansicht nach "keine hinreichende Aussagensicherheit" erlauben, zu verabschieden, um sich der Vorgehensweise der parteinehmenden Interpretation, mithin dem Lesen zwischen den Zeilen, zuzuwenden. Dies mag im Lebensalltag Gang und Gäbe sein – für eine wissenschaftliche Betrachtung ist diese Methode unseriös.

Kollert ignoriert Dokumente und vor allem Tatsachen, die nicht in sein Konzept passen. Hier ist an erster Stelle zu nennen, dass sich die deutsche Nuklearwirtschaft in vollem Umfang den Spaltstoffflusskontrollen von EURATOM und der internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) unterworfen hat, dass hierbei nie Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind, und mehr noch – dass sich deutsche Forschungseinrichtungen, unter anderem das Forschungszentrum Karlsruhe, an der Entwicklung von Methoden zur Spaltstoffflusskontrolle intensiv beteiligt haben.

Insbesondere schmerzt es, in welcher Weise versucht wird, das Ansehen von Prof. Wolf Häfele, dem ehemaligen Vorsitzenden und jetzigen Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft, zu beschädigen. Wolf Häfele hat einen großen Teil seines Wirkens auf die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland gerichtet. Hierbei war die Frage nach einer langfristig verfügbaren, umweltverträglichen Energiequelle für eine dauerhafte Wirtschaftsentwicklung ausschlaggebend - ein Ziel, das gerade heute vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verknappung der fossilen Brennstoffe und der wachsenden Bedrohung durch anthropogene Klimaveränderungen immer mehr an Bedeutung erlangt. Er ist insbesondere in den 60er Jahren für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und für eine umfassende und vollständige Kontrolle des Spaltstoffflusses durch die internationalen Kontrollorgane eingetreten – ein deutlicheres Bekenntnis für die friedliche Nutzung der Kernenergie kann es nicht geben. Gleichzeitig hat Wolf Häfele dafür gewirkt, dass Deutschland die

Möglichkeit des Umgangs mit Spaltstoff für friedliche Zwecke erhält. Bei der Bewertung der Rolle Wolf Häfeles und mit ihm vieler anderer Wissenschaftler und Techniker muss das tatsächlich Geleistete Vorrang vor böswilliger Interpretation erhalten.

Die Kerntechnische Gesellschaft fordert die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler deshalb auf, sich deutlich von der unwissenschaftlichen Tendenz-Studie Kollerts zu distanzieren.

Dem Logo Ihrer Schriftenreihe "Wissenschaft in der Verantwortung" wäre es zudem angemessen, in Zukunft im Vorfeld kontroverser Veröffentlichungen den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Auch der bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen übliche "peer review" ist eine anerkannte Methode, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft zu fördern.

Angesichts der direkten Betroffenheit fordere ich Sie im Namen der KTG auf, diese Stellungnahme in den VDW Nachrichten zu veröffentlichen. Wir werden dies ebenfalls im Rahmen der KTG-Mitteilungen in der atw (Internationale Zeitschrift für Kernenergie) tun.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Wolf-Dieter Krebs, Dezember 2000

Zur Auffächerung der schwierigen Problematik: Was könnte hier im Sinne von Carl Friedrich von Weizsäcker „die eigentliche Frage“ sein, welche über umfassende Kontexte ganz neue Antworten, neue Ambivalenzen eröffnen kann? Er hätte sich und uns fragen können: „Soweit es diese Ausrichtung auf Atomrüstung tatsächlich gegeben hat, was wäre wohl peinlicher, nämlich diese verschleiert, oder sie gar nicht bemerkt zu haben?“ Genau wegen potenzieller Peinlichkeit hätte er eben diese Frage nicht öffentlich gestellt. Er hätte vielmehr – quasi als Synthese – eine naheliegende dritte Antwort empfohlen: Genau ein Auftrag der Geheimhaltung, von der Regierung an die KTG gerichtet, könnte jegliche Peinlichkeit im Ansatz vermeiden. Aber selbst wenn die KTG dies im Auftrag der Regierung getan und zugleich geheim gehalten hätte, so könnte sie nicht anders als empört reagieren. Nur die KTG selbst könnte, mit dem nur ihr verfügbaren Material, eine eventuelle vierte Antwort aufzeigen. Eine kurze, pauschale Bemerkung zu „Unwissenschaftlichkeit“ kann keineswegs genügen.

Das bedeutet: Für die VDW besteht keinerlei Notwendigkeit, hierzu nachzufragen. Es gibt vielmehr gute Gründe, nicht nachzufragen. Soweit sich die KTG auf ihr Interesse an der Wirtschaftlichkeit konzentriert hatte, das ist ihr gutes Recht. Jedenfalls wäre jegliche Bewertung der KTG von außen unsicher und es empfiehlt sich, die Absichten der KTG mit diplomatischer Rücksicht zu behandeln.

Von Interesse für die VDW ist vielmehr: Die Göttinger 18 und weitere Protestgruppen hatten ein derart starkes Tabu gegen Atomwaffen geschaffen, dass enorme Gegenabsichten aus der Regierung nichts dagegen ausrichten konnten! Aber der Erfolg war in – bisher ungeahnter – Gefahr. Die Regierung hatte die VDW vertröstet, in die Irre geführt – und die Bevölkerung gefährdet. Die VDW und die Öffentlichkeit hätten Anlass für Empörung.

Aber mangels Offenlegung gab es keine Empörung. Wohl zur Vermeidung noch weitergehender Auseinandersetzungen angesichts der Komplexität des Sachverhaltes wurde der Text von Roland Kollert aus dem Archiv der VDW entfernt.

4. Die Diskussion des Begriffes „Wissenschaftlichkeit“ führte nicht zu einer Auflösung der Kontroverse

Mit der KTG, und dadurch auch innerhalb der VDW war es zur Kontroverse über die Studie von Roland Kollert gekommen. Ausgangspunkt war der Vorwurf der KTG, Roland Kollert würde das hermeneutische Verständnis von Texten nicht kennen und daher Texte falsch interpretieren. An Hand der Anmerkungen zur „Hermeneutik“ (gemäß Wikipedia eine Theorie über die Auslegung von Texten und über das Verstehen) sind jedoch die unterschiedlichen Bewertungen seiner Studie gut nachvollziehbar.

Zunächst hatte Wolfgang Liebert (noch vor dem Protest der KTG) zu der Studie von Roland ein Vorwort beigetragen und auf Seite IX notiert:

Das Besondere an Kollerts Arbeit ist, daß hier nicht nur historisches Material gewissenhaft aufgearbeitet wird. Kollert gelingt eine überzeugende, interdisziplinär geschulte Quellenhermeneutik, die politische und naturwissenschaftliche Hintergründe genauso berücksichtigt wie spezielle nukleartechnische Details. Auf dieser Basis gelingt der Indizienbeweis.

Genau entgegengesetzt argumentierte die KTG mit folgender Äußerung im Brief an die VDW (siehe auch den Brief vollständig zitiert oben auf Seite 12) zu Roland Kollert:

... indem er auf Seite 5 seiner Studie dafür plädiert, sich von der "direkten Deutung von Dokumenten, Publikation und Interviews", die seiner Ansicht nach "keine hinreichende Aussagensicherheit" erlauben, zu verabschieden, um sich der Vorgehensweise der parteinehmenden Interpretation, mithin dem Lesen zwischen den Zeilen, zuzuwenden. Dies mag im Lebensalltag Gang und Gäbe sein – für eine wissenschaftliche Betrachtung ist diese Methode unseriös. ... Die KTG ... weist die unhaltbaren Behauptungen Kollerts zurück und protestiert gegen die einseitige, unterstellende Art der Aufarbeitung geschichtlicher Dokumente.

Daraufhin befasste sich eine Studiengruppe der VDW mit den unterschiedlichen Methoden in der Wissenschaft, mit dem erklärten Ziel der Aufklärung, nachdem innerhalb der VDW ein Streit begonnen hatte.

Von der Studiengruppe der VDW wurden Beurteilungskriterien genannt wie Zirkelfreiheit, innere und äußere Widerspruchsfreiheit, Erklärungswert, Überprüfbarkeit und Kritisierbarkeit. Ich meine, es würde sowohl Roland Kollert wie auch der KTG leicht fallen, die eigenen Argumentationen mit den genannten Kriterien in Einklang zu bringen. Hingegen hat es die genannte Studiengruppe der VDW nicht einmal versucht, die von ihr hervorgehobenen Kriterien auf den Text von Roland Kollert und/oder den Protest der KTG anzuwenden. Das war sogar seriös in so ferne, als keine sachnahen Experten in der Studiengruppe der VDW waren. Noch weitaus schwerer hätte es zudem eine gemeinsame interdisziplinäre Expertengruppe von KTG und VDW gehabt, ein Einvernehmen zu erzielen.

Leider ging die methodisch interessierte Gruppe der VDW überhaupt nicht auf die Studie als solche ein, was insoweit verständlich ist, als Naturwissenschaftler in der Gruppe nur marginal vertreten waren. Konstruktiv hat die Gruppe zwar für alle Wissenschaften gültige Prinzipien herausgestellt, aber sie hat z.B. „Zirkelfreiheit, innere und äußere Widerspruchsfreiheit, Erklärungswert, Überprüfbarkeit und

Kritisierbarkeit“ nicht auf Aussagen von KTG und/oder Roland Kollert angewandt. Hans-Jochen Luhmann betonte in der Studiengruppe der VDW „Kriterien guter Wissenschaft“ wie Bewusstsein für die jeweiligen Grenzen bei der Anwendung von Begriffen, Angemessenheit, Relevanz insbesondere in Richtung von Überlebenserfordernissen. Die Studiengruppe der VDW mahnte dringend eine interne Verständigung über den Begriff „Wissenschaftlichkeit“ an, als Voraussetzung um nach außen überzeugend auftreten zu können. Konkret in Bezug auf die Studie von Roland Kollert wäre dies wegen der Geheimhaltung nur bedingt praktisch durchführbar gewesen. Aber jegliche Bewertung der KTG – die bei Roland Kollert auch nur indirekt abzuleiten ist – sollte am besten vermieden werden.

In dem Abschlussbericht¹⁵ der Studiengruppe der VDW ging es im Wesentlichen darum, dass Vertreter der Sozial- und Geisteswissenschaftler Roland Kollert vorwarfen, Grundprinzipien dieser Wissenschaften verletzt zu haben oder gar nicht zu kennen, insbesondere das hermeneutische Verständnis von Texten und die Regeln ihrer Interpretation. Dabei war in der Gruppe unstrittig, wie im Abschlussbericht erwähnt, dass in der Regel „... Sinn kontextgebunden ist und sich nur auf hermeneutische Weise erschließt.“ und ein Fazit war: „Noch immer, so wurde deutlich, mangelt es an Methodologien, die sich mit der transdisziplinären Zusammenführung unterschiedlicher Forschungsstränge befassen.“

Die Folge kann mangelnde Relevanz einer Studie sein und dies wäre eine besonders krasse Form von Unwissenschaftlichkeit. Wie leicht so ein Mangel besonders bei Geheimhaltung zutreffen kann, zeigte sich bei einer früheren Tagung der VDW. Auf einem Höhepunkt der Wirkungsweise der Göttinger 18 wie auch in der Anfangsphase der VDW gab es kaum Vermutungen über eine heimliche Vorbereitung von Atomrüstung. Ich erinnere ein Kolloquium der VDW 1966, auf dem eine Fülle von wissenschaftlichen Überlegungen zu einem breiten Spektrum von Eventualitäten des Atomzeitalters formuliert wurden, jedoch nichts Systematisches zu Dual-Use deutscher Atomtechnik¹⁶. Themen wie Zugang zu Daten und Handlungsmotive wurden mit hohem Verantwortungsbewusstsein diskutiert, jedoch nicht konkret zu Dual-Use. Das Kolloquium war völlig wissenschaftlich im Sinne obengenannter Prinzipien, aber in einem entscheidenden Punkt unvollständig. Grundsätzlich, meine ich, zeichnet die VDW eine besondere Bemühung um Relevanz aus und das ist keineswegs einfach¹⁷.

¹⁵ Bieber, Hans-Joachim und Hans G. Nutzinger unter Mitarbeit von Hans-Jochen Luhmann. Methodeneinheit und Methodendifferenz in den Kultur-, Sozial- und Naturwissenschaften“. Abschlussbericht einer Studiengruppe der VDW, 2003. S. 1-3; siehe www.vdw-ev.de im MENU: Publikationen und weiter: VDW-Materialien

¹⁶ Fragen des Übergangs in die Weltordnung des Atomzeitalters. Tagungsbericht, München, den 8. und 9. Januar 1966, 111 S.

¹⁷ Nur wenn Wissenschaft relevant ist, kann brauchbare Wissenschaftlichkeit erreicht werden. Deshalb war Relevanz in der Anfangszeit der VDW ein vielbeachtetes Thema, bereits bei der Zusammenstellung einer Studiengruppe. Wegen "zupackender Relevanz" zur Zeit der "68er" wurde die VDW liebevoll "Opas Apo" genannt. Aktuell sollte der bewährte Ansatz auf Themen gerichtet werden, wie: "Was könnte heute ein "Abgrund an Landesverrat" sein, etwa im Kontext: "Wer sind die effektivsten Feinde der Demokratie?", oder zumindest „Gefährder“ der Demokratie, sei es auch nur im administrativen Übereifer in Richtung von Robert Jungks „Atomstaat“. Offensichtlich wäre der Verfassungsschutz strukturell besonders unfähig zur Aufdeckung. Hilfreiche Anhaltspunkte finden sich in Wikipedia, zum Beispiel: Beim "Big Brother Award" gibt es einen Doppelgewinner 2003 und 2011, der sowohl den „ersten nachgewiesenen polizeilichen Einsatz einer Überwachungsdrohne bei politischen Versammlungen“ 2012 auf einer Demonstration gegen den Castor-Transport veranlasst hatte, als auch eine "präventive Überwachung von E-Mails und Telefongesprächen" gefordert hatte - bezeichnenderweise ein Innenminister und bezeichnenderweise gab es bereits 9 (!) Vergaben der Auszeichnung an Innenminister. Es ist unsere demokratische Pflicht, wissenschaftlich zeitnah

Eine Evaluation müsste sich, auf die vorhandene Kontroverse bezogen, auch mit den Methoden der Geheimhaltung befassen, also mit der Verschleierung, der Vortäuschung, der gezielten Verfälschung von Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit, der gezielten und verdeckten Irreführung. Dies erfordert Expertisen gerade von solchen Wissenschaftlern, die zwar Erfahrungen in diesem Bereich haben, die aber gerade deshalb vom Staat in aller Regel eben durch Geheimhaltung gebunden sind, zu schweigen. Wer dennoch Geheimgehaltenes aufdeckt, kann alsbald zwangsläufig als umstritten gelten – zu aller mindest aber ist eine Diskussion über Wissenschaftlichkeit zu erwarten, die keineswegs leicht zu entscheiden ist – was heißt, dass Bewertungen mit Vorsicht vorzunehmen sind.

Kommen zur verschleiern den Geheimhaltung – und mitten in Texten der Geheimhaltung – womöglich noch eine politische Meinung oder Tendenz sowie Interessen hinzu, die auch nicht unbedingt offen ausgedrückt werden sollen, so kann es bei einem Versuch der Konsensfindung leicht geschehen, dass wissenschaftliche und politische Argumente schwer entwirrbar miteinander vermengt werden.

Zur Veranschaulichung der Allgegenwart des Problems bei Geheimhaltung können hier viele Beispiele dienen¹⁸.

Die oft sehr ausführlichen Darlegungen kann man wissenschaftlich in einzelnen Fällen hinterfragen und Fehler offen legen, aber das Phänomen der Geheimhaltung mit seinen Auswirkungen kann man insgesamt kaum je durch sorgfältige Wissenschaft vollends entlarven. Was man manchmal kann, ist zentrale Aussagen, etwa einer bestimmten rüstungspolitischen Investition, ausreichend überzeugend zu falsi- oder zu verifizieren. Überzeugend kann sein, wenn eine Maßnahme zuerst rüstungspolitisch überlegt und in neutralen Worten empfohlen wird, und danach gegen energiewirtschaftliche Einwände und bei auffallend geringer Investitionsbereitschaft der Industrie mit viel Förderung durchgeführt wird.

Von daher ist eine Studie, wie von Roland Kollert vorgelegt, durchaus evaluierbar, erfordert aber eine Kombination von Fähigkeiten, die nur selten in einer Person anzutreffen sind – und wenn doch, dann wird so eine Person in vielen Fällen selbst an Geheimhaltungspflicht gebunden sein.

erprobte Methoden der "zupackenden Relevanz" zu solchen Aufdeckungen bereit zu stellen. Vorwürfe von außen können dann durchaus ein Indiz sein, dass wir etwas wissenschaftlich richtig gemacht haben.

¹⁸ Hier sei nur eine kleine Auswahl von Schriften genannt, bei denen die speziellen Anforderungen an eine wissenschaftliche Bewertung von Sachverhalten unter Einbeziehung geheimdienstlicher Aktivitäten deutlich zu erkennen sind: Weiner, Tim: FBI – Die wahre Geschichte einer legendären Organisation. S. Fischer, 2012, 695 S. Von Bülow, Andreas: Im Namen des Staates – CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste, Piper 3050, 1998, 637 S. Ostrovsky, Victor und Claire Hoy: Der Mossad – Ein Ex-Agent enthüllt Aktionen und Methoden des israelischen Geheimdienstes. Hoffmann und Campe, 1991, 414 S. Domscheit-Berg, Daniel: inside Wikileaks – meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt, Econ, 2011, 303 S. Conze et al: Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im dritten Reich und in der Bundesrepublik, Blessing, 2010, 879 S. Wer ein gewisses Gespür für Geheimdienste und technische Detailkenntnisse entwickelt hat, kann sich auch mit weit schwieriger zu beurteilenden Untersuchungen befassen, welche auf den ersten Blick den Konservativen und vor allem speziell den Geheimdienstlern als krass problematisch erscheinen, Beispiel: Bott, Martin und Markus Bott: Der totalitäre Staat – Die Steuerung der Gesellschaft durch BND und Verfassungsschutz unter besonderer Berücksichtigung technischer und illegaler Aspekte; 2005, 672 S. siehe auch <http://www.totalitaer.de/> — Insgesamt ist es ein bemerkenswertes Merkmal geheimdienstlicher Aktivitäten, dass wichtige Informationen, wenn überhaupt, oft erst nach vielen Jahren öffentlich zugänglich werden, das gilt sachgemäß besonders für heikle Bereiche, wie für Unterstützung einer modernen Waffenentwicklung in und für Israel.

Es bleibt somit festzuhalten: Mangel an Wissenschaftlichkeit ist ein schwerer, aber auch ein oft schwer zu begründender Vorwurf. Eine Aufklärung ist schwierig bis nahezu unmöglich, zumal, wenn es nicht nur darum geht, welche technischen Projekte wie durchgeführt wurden, sondern auch um die zu Grunde liegenden Intentionen und deren Hintergründe. Bereits der Streit der Göttinger 18 mit Regierungsvertretern hatte verdeutlicht, wie umstritten viele Aspekte sein konnten, bis hin zu unterschiedlichen „Erinnerungen“ an frühere gemeinsame Sitzungen und dort getroffene Vereinbarungen, ein Beispiel¹⁹:

Prof. Hahn lehnte den Vorwurf, den der Minister am Montag gegen ihn erhoben hat, und der dahin geht, daß die Forscher eine Art von Gentleman's Agreement gebrochen hätten, energisch ab. Hahn weist darauf hin, daß Strauß in dieser Unterredung immer wieder versichert habe, es werde nichts geschehen. Die Forscher mögen deshalb stillhalten und nichts unternehmen. Prof. Hahn kann sich nicht daran erinnern, den Minister gebeten zu haben, den Bundeskanzler über den Brief der Atomforscher nicht zu informieren ...

Sichtweisen wie z. B. aus Geheimhaltung, aus kommerziellen Interessen (gewollte/vermiedene Nähe zur Atomrüstung) oder sicherheitspolitischen Aspekten (kalter Krieg, Weltinnenpolitik u. a. m.) sind unweigerlich schon im Ansatz umstritten. Solche Einflüsse zu ignorieren wäre jedoch wiederum nicht sachdienlich, sondern im Grunde unwissenschaftlich. Untersuchungsergebnisse in Bezug auf Wissenschaftlichkeit werden deshalb unweigerlich stark von der Situation, insbesondere vom Ausmaß der Verfügbarkeit geheimer oder auch „nur interner“ Daten und der persönlichen Sichtweise und Einstellung abhängen.

Grundsätzlich haben Atomtechniker das Phänomen der Geheimhaltung nicht zu vertreten. Dennoch ist eine Offenlegung der Gewissensproblematik bei einer Untersuchung des Sachverhaltes nur bedingt vermeidbar und daher unweigerlich indirekt bei Roland Kollert mit einbezogen worden. Wenn es unter Adenauer „locker“ möglich sein konnte, etliche hunderte Millionen DM (vom Klang her wäre dies heute: Milliarden Euro) an allen demokratischen Kontrollen vorbei für deutsche Atomrüstungsexporte in Spannungsgebiete zu verwenden, dann soll das die VDW interessieren.

Während die VDW gleich nach ihrer Gründung vor allem bei Pugwash Konferenzen gezielt für Rüstungsbegrenzung aktiv war, machte die deutsche Regierung zwar eine Reihe entsprechend klingender Erklärungen (siehe Bundestagsprotokolle), aber wie weit war sie faktisch zugleich offen und vor allem verdeckt (!) durchaus aktiv in Richtung deutsche Atomrüstung? Hierzu gibt es im Laufe der Zeit immer deutlichere Signale.

Worauf es ankommt, ist zu prüfen, inwieweit die Anhaltspunkte für eine verdeckte Vorbereitung einer deutschen Atomrüstung glaubwürdig genug sind, um eine politische Diskussion nahezu legen. Emotional liegt war zu erwarten, dass Franz Josef Strauß damals „alles versuchen wird“, um die Schwelle zur deutschen Atomwaffe zu verringern und eine Revidierung der Entscheidung gegen Atomwaffen praktisch vorzubereiten, mit dem Ziel dann eine Aufrüstung rasch effektiv beginnen zu können.

Gezielte Vorgehensweisen im Rahmen der genannten Aspekte und Optionen zeigen sich bereits deutlich bei der von Roland Kollert untersuchten Strategie von Franz

¹⁹ Heipp, Günther: Es geht ums Leben! Hamburg, 1965, S. 42

Josef Strauß im Hinblick auf die Prägung der Atomtechnik für mögliche spätere militärische Nutzung.

Neuere Daten bestätigen den Eindruck. Wofür gibt es konkrete Anhaltspunkte?

5. Die Reaktion von Franz Josef Strauß auf die Göttinger 18 und die VDW

„Göttinger 18“ und „Kriegsfolgenstudie“ haben ein starkes Tabu geschaffen, jegliche deutsche Atomrüstung ist seitdem politisch verpönt. Dies gelang – obwohl und während – F. J. Strauß laufend mit einer ganzen Reihe von Initiativen und Aktionen versuchte, die Schwelle zu einer deutschen Atomrüstung gezielt zu verringern. Das Ausmaß der weitgehend von ihm verursachten Aktivitäten soll im Folgenden überprüft werden. Es betraf sowohl Atomwaffen als auch Trägersysteme für deren Einsatz.

Als optimale Voraussetzung für effektive Geheimhaltung erwiesen sich Bereitstellungen von Technik und Zulieferungen an Israel, Es ist evident, dass dies auf Grund der vorhergehenden deutschen Verbrechen an Juden eine besondere Sorgfalt bei der Geheimhaltung im Ansatz mit sich bringt.

Hochtechnische Waffenlieferungen an Israel erfolgten bereits 1958, ein Jahr nach Erklärung der Göttinger 18. Voraus gingen mehrere Treffen von F. J. Strauß mit dem damals für Waffenbeschaffungen zuständigen Schimon Peres, zum ersten Mal aktenkundig am 4. Juli 1957, so zitiert im Buch von Jelinek²⁰, welches darüber hinaus weitere Belege für die politische, insbesondere geheimdienstliche Begleitung der deutschen Hilfe zur israelischen Atomrüstung (Atomwaffen und Träger, z.B. S. 298 und S. 308) enthält. Zu einem Treffen von F.J. Strauß und Ben Gurion liegt seit kurzem eine Gesprächsnotiz vor²¹, in der es auch um Techniken für Träger von Atomwaffen ging. Die Lieferungen von U-Booten an Israel begannen 1976 und gehen auf eine Initiative von Franz Josef Strauß zurück. Dies führte in logischer Weiterentwicklung zu den Dolphin U-Booten (erster Stapellauf 1996), welche so gebaut sind, dass sie durch Umrüstung in Israel mit Mittelstreckenraketen bestückt werden können.

Mit einem nunmehr sehr leisen Brennstoffzellenmotor wurde die Ortung des Bootes auch in nicht tiefen Meeren erschwert und die Zweitschlagskapazität noch weiter verstärkt. Diese Technik entsprach den viel teureren, von kompakten Atomreaktoren angetriebenen Unterseebooten der Supermächte, wenn auch bei den deutschen U-Booten nur unter speziellen Einsatzbedingungen (flache Meere wie Nordsee, Mittelmeer; Ziele relativ nahe, Positionsgenauigkeit auch ohne Satellitenführung für Zielansteuerung ausreichend).

Zur Vorgeschichte: Während des Zweiten Weltkrieges entwickelten deutsche Forscher eine ballistische Rakete und 1944 experimentierte die deutsche Kriegsmarine mit ballistischen Raketen, die von U-Booten aus starteten. Von einem Atomreaktor angetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen und Atomwaffen hatten 1961 die USA und die Sowjetunion im Einsatz.

²⁰ Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945 – 1965 – ein neurotisches Verhältnis. I. für Zeitgeschichte. R. Oldenbourg, München 2004, S. 407

²¹ Aram Babilon: Schlag aus dem Wasser. Deutschland hat Israel mit U-Booten aufgerüstet, die Startrampen für Atombomben sind. In Jüd. Zeitung Juli 2012, S. 6

Für den raschen Aufbau einer modernen deutschen Atomrüstung wäre genau diese effektive Kombination der beiden wichtigsten Komponenten zielführend gewesen, nämlich der Atomwaffe und ihrer Träger. Dadurch wäre die Schwelle zur militärischen Nutzung gering gehalten worden. Wie die KTG richtig bemerkt, wäre am Anfang der Nutzung von Atomtechnik ein direkter Weg zur Atomwaffe plausibler gewesen, als über den allmählichen Aufbau der zivilen wirtschaftlichen Nutzung. Da aber am Anfang durch die Göttinger 18 ein Tabu geschaffen wurde, versuchte die damalige Regierung zivil begründete Plutoniumkreisläufe mit Brütern etc. aufzubauen. Das hätte zu einem späteren Zeitpunkt den Einstieg enorm erleichtert.

Durch die Zusammenarbeit mit Israel für die israelische Atombombe wurden wichtige Technologiebereiche auf Aspekte der Rüstung eingestellt und deutsche Kapazitäten von FuE und Industrie auf die militärtechnischen Herausforderungen ausgerichtet. Dafür mussten erhebliche Entwicklungskosten bereitgestellt werden. Das gelang durch die Kombination von Geheimhaltung mit dem besonders wirkungsvollen Tabu, jegliche Hilfe für Israel zu hinterfragen. Vor dem Hintergrund des Holocaust war jede existenziell wichtige Hilfe für Juden eine deutsche Pflicht, über die niemand diskutieren würde. Früher wie jetzt werden die Technik- und Waffenlieferungen an Israel in jedem Fall nahezu vorbehaltlos geleistet. Wiederholt wurden mehrere hundert Millionen DM bereitgestellt, so 1965 für das Projekt einer Meerwasserentsalzungsanlage in Israel. Dieses Projekt wurde jedoch nach den Bereitstellungen nie durchgeführt und auch nie hinterfragt oder gar evaluiert. Auf diese Weise konnten Entwicklungskosten an Kontrollgremien zu Waffenexport etc. vorbei manövriert werden.

Atom-U-Boote, sogar mit Kernreaktor als Antrieb für lange Tauchphasen, waren von Franz Josef Strauß strategisch für Deutschland schon lange vor den Lieferungen an Israel vorgesehen. Die Vorarbeiten geschahen an Hand eines Frachtschiffes, das im Grunde ein FuE-Schiff war²²:

„Das frachtfahrende Nuklearschiff Otto Hahn wurde ... von einem Kernreaktor angetrieben.“ Und: „Seit kurzem zugängliche geheime Akten der deutschen Regierung aus den Jahren 1959 bis 1962 legen einen zusätzlichen militärischen Nutzen der Forschung am Atomantrieb nahe.

Verteidigungsminister Franz Josef Strauß betrieb zu dieser Zeit den Bau von U-Booten mit atomarem Antrieb, konnte sich jedoch mit den Plänen innerhalb der Regierung und bei den internationalen Bündnispartnern nicht durchsetzen. Der Atomantrieb der 1962 in Auftrag gegebenen Otto Hahn war für ein Frachtschiff klein und so dimensioniert, dass er in ein großes U-Boot gepasst hätte.“

Als Träger von Atomwaffen dem U-Boot strategisch vergleichbar, weil mobil und gleichermaßen schwer von einem Gegner zu treffen, ist der ebenfalls von Franz Josef Strauß geförderte Senkrechtstarter. Er wäre an beliebigen Stellen von einer Autobahn aus einsatzbereit geworden. Er wurde parallel von fünf (!) deutschen Flugzeugherstellern entwickelt und teils erprobt²³:

„... in Deutschland auch von Focke-Wulf, Heinkel, Dornier und Messerschmitt bzw. EWR, wovon die Do 31 (Erstflug am 10. Februar 1967), die EWR VJ 101 (Erstflug 1963) und die VFW-Fokker VAK 191 B (1970) den Entwicklungsstand erreichten.“

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Hahn_%28Schiff%29

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Senkrechtstart_und_-landung.

Jedoch blieben all diese Vorkehrungen, vor allem wegen des durch die Göttinger 18 geschaffenen rüstungspolitischen Tabus, für Deutschland irrelevant. Mehrere Jahre wollte Franz Josef Strauß diese starke Wirkung nicht wahrhaben, bis schließlich seine ganzen Initiativen im Sande verliefen.

Umfangreiche Geheimhaltung war der VDW, so auch Carl Friedrich von Weizsäcker und seinen Mitarbeitern eher fremd, vielleicht aus einem „Instinkt der Seriosität“ heraus. Sie alle wären damals vermutlich außerordentlich bestürzt gewesen über die Hinweise, wie sie dann später von Roland Kollert zusammengestellt wurden: Offensichtlich gab es intensive, finanziell aufwendige und geheime Bemühungen um eine Variante der zivilen Atomtechnik inklusive Brutreaktoren, welche eine rasche Erweiterung zur Herstellung einer potenziell großen Zahl von Atombomben ermöglicht hätte. Flankierend gab es dazu passende Bemühungen um effektive Trägersysteme.

6. Zukünftige Verantwortung der Wissenschaftler

Mit dem 5. Kapitel ist mein Anliegen, die faktischen Bemühungen um eine deutsche Atomrüstung weiter offenzulegen, abgeschlossen. Mit diesem 6. Kapitel möchte ich – unvermeidlich subjektive – Anregungen geben, in welchem erweiterten Kontext Geheimhaltung grundsätzlich untersucht werden sollte, wie schwierig dies ist und inwieweit es eine Aufgabe der VDW sein könnte.

Wissenschaftlich wie politisch wäre interessant, über Atomrüstung hinaus grundlegend zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen die üblichen vielfältigen Formen von Geheimhaltung, verdeckter Lobby-Arbeit usw. in Verbindung mit sehr konsequenten Aktionen dem eigenen Staat, der eigenen Gesellschaft mehr schaden als nützen. Denn, vorsichtig ausgedrückt, können längerfristig politische Entscheidungen, vor allem verborgene, die gezielt der Wissenschaftsberatung zuwider laufen, für das Überleben der Menschheit gefährlich werden. Das gilt aktuell für absehbare Klimaveränderungen.

Andererseits, würde Geheimhaltung etwa gegen flagrante Verletzungen gültiger Bestimmungen effektiv eingesetzt, so könnte sie durchaus nützlich werden. Die Bewertung von Geheimhaltung wird daher je nach Kontext völlig verschieden ausfallen. So wird eine geschickte Abwehr von Industriespionage durch Unternehmen in vernünftigem Umfang sicher nützlich sein. Grenzen der Geheimhaltung sind sicherlich da zu sehen, wo Ziele verfolgt werden, die mit wichtigen Grundsätzen nicht vereinbar sind, wie mit den Gesetzen eines Staates, mit internationalen Abkommen, mit den Vorstellungen der Bürger.

Schwieriger zu beurteilen sind menschliche Verhaltensweisen bei Geheimdiensten. Bei deren Mitarbeitern gibt es eine enorme Spannweite des Verhaltens, vom geradezu treuherzigen Dienst nach Vorschrift bei der Nachrichtenaufbereitung bis hin zum global breit üblichen Einsatz von gezielt ausgewählten Psychopathen: Beides ist nachweislich real und wirksam. Dazu gibt es bis hin zu neurologischen Messungen, Beeinflussungen und dokumentierten Pannen Wissenschaftlichkeit auf hohem Niveau²⁴. In zeitgenössischen Zeitschriften finden sich laufend „neue“

²⁴ Dutton, Kevin: Psychopathen – Was man von Heiligen, Anwälten und Serienmördern lernen kann; dtv premium 24975, 2012, 318 S.

Untersuchungen und praktische Anwendungen zu solchen Prinzipien. Beispielsweise hängt beim Umgang mit geheimen Sachverhalten²⁵ für die Psychologin Anita Kelly von der University of Notre Dame (USA) die Wirkung einesbestürzt

Geheimnisses maßgeblich davon ab, wie viel Energie ein Mensch aufwendet, um es zu verbergen – und das gilt besonders für die psychische Rückwirkung auf einen selbst. Was würde eine derartige Untersuchung, gezielt auf Mitarbeitern und Projekte bei Geheimdiensten und beim Auftraggeber Staat ausgerichtet, zutage bringen?

Die Anwendung interdisziplinärer Wissenschaft auf beobachtbare Phänomene wie bei Aktionen von Stasi und Verfassungsschutz, MAD (Militärischer Abschirmdienst), Spionageabwehr, Gegenspionage, auch Lobbyarbeit in Ministerien usw. ist jedoch kaum auch nur im Ansatz vorhanden. Für grundlegende Aufklärungen entgegen einer etablierten Deutungshoheit wären Projektmittel kaum je zu erhalten.

Hingegen werden vom Staat systematische „Aufklärungen“ (de facto oft beachtliche Vertuschungen) auf dem Verwaltungswege finanziert und aufwendig inszeniert, wie zum behördlichen Umgang mit NSU-Morden. Solche etablierten Verhaltensweisen schützen seit Jahrzehnten die Alt-Nazis sowie Sympathisanten in Behörden und Ministerien. Es betrifft konkret deren Umgang mit Schadensmeldungen von Terroraktionen. Es betrifft die durch „vorsätzlich fahrlässige“ (bemerkenswert oft mit Absicht herbeigeführte) Pannen gestörten Ermittlungen zu NSU. Der an sich gesunde bürgerliche Reflex ist, jegliche den Machthabern und ihrer Deutungshoheit zuwider laufenden Darstellungen und Deutungen für übertrieben zu halten. Deshalb können Machtpolitiker versuchen, ein vernünftiges Projekt als „Abgrund an Landesverrat“ zu diskreditieren.

Eine neue, ungewohnte Deutung erscheint als Arbeitshypothese solange als geradezu ungeheuerliche Unterstellung, wie sie noch nicht an Hand von Daten falsi- oder verifiziert werden konnte. Beispiel: Das Auswärtige Amt wies jahrzehntelang jegliche Behauptung, dort würden viele Altnazis die Politik prägen, empört zurück. Diese Abwehr gelang durch Deutungshoheit, obwohl es z. B. einfach war, aufzulisten wie viele Altnazis zur Zeit Adenauers weltweit als Botschafter eingesetzt wurden. Erst der politisch durchgesetzte Zugang zu den Daten in Verbindung mit einer umfassenden wissenschaftlichen Sorgfalt erlaubte eine neue Sicht²⁶. Nach der gelungenen Auffächerung einer Kontroverse an Hand relevanter Daten kann es dann um Details gehen wie Ausführung von Befehlen (evtl. begrenzte eigene Verantwortung), Loyalität usw., dann (nicht vorher) also um Bewertungen ganz im Rahmen der allgemein üblichen Wissenschaftlichkeit.

Effektive Vertuschung wird am besten ganz einfach und harmlos aussehen. Das zeigt sich im Weißbuch 2006, dort sind nur äußerst vage und allgemeine Formulierungen. Im Abschnitt „3.7 Rüstungspolitik“²⁷ wird keine einzige Rüstungstechnik, keine konkrete Rüstungsplanung genannt. Floskeln wie „rüstungsrelevante Forschungs- und Technologieaktivitäten“, „innovative Dual-Use-Produkte“, „Einfluss bei Entwicklung, Beschaffung und Betrieb von entscheidenden militärischen Systemen“ stehen nur noch im rein wirtschaftlichen Kontext von Aspekten wie „Standardisierung“, „Kosten“ und „Transparenz im Bereich der

²⁵ Zimmermann, Sarah: Hinter der Mauer des Schweigens. In G&G (Gehirn und Geist) 10/2012, S. 24-28

²⁶ Conze et al: Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im dritten Reich und in der Bundesrepublik, Blessing, 2010, 879 S.

²⁷ Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 85-88

Rüstungswirtschaft“. In der Datei des Weißbuches ergibt die Suchfunktion zu „Atomwaffe“ keinen Treffer, zu „Atom“ nur je einen kurzen Hinweis auf Iran und auf ABC-Abwehrkräfte gegen atomare Kampfstoffe.

Da es selbstverständlich in Deutschland auch bei Behörden verantwortlich denkende Mitarbeiter gibt, wurden trotz aller Vertuschungsgewohnheiten monatelang immer wieder durch neue Aufdeckungen über Versäumnisse von Behörden Ungeheuerlichkeiten entlarvt. Aber enorme systematische Vertuschungen mussten überwunden werden, um so die krassen Ermittlungsversäumnisse wenigstens halbwegs plausibel erklärlich zu machen.

Mit entsprechenden Barrieren hat man es bei einer Aufklärung von möglichen Vorbereitungen zu eigentlich verbotener Rüstung zu tun, beispielsweise bei den Lieferungen modernster Technik an den Iran, durchaus über viele Jahre hinweg. Deshalb sollte die global ausufernde Geheimhaltung erfasst und global breit diskutierbar gemacht werden.

Auf lange Sicht wird eine Weltinnenpolitik umso gesünder sein, je weniger Geheimhaltung sie tolerieren muss und je mehr Rechtsstaatlichkeit sie erreicht. Im Vergleich zu „Atommächten“ wie Pakistan, mit krasser Rechtslosigkeit bis in den Alltag hinein, ist Deutschland geradezu ein „vorbildlicher“ Rechtsstaat. Das hindert die deutsche Gesellschaft aber kaum je daran, für Nuancen des Luxus (unser Lebensstandard im globalen Vergleich) existenzielle Risiken (Klima, Rüstung) einzugehen und dabei noch enorme Rüstungsgüter in Spannungsgebiete zu liefern.

Der neutrale Beobachter findet „aufrichtige“ (dem Vertuscher selbst verborgene) Vertuschung in Form von irreführenden Vereinfachungen oft bei polarisierten Sachverhalten. Carl Friedrich von Weizsäcker hat im Zuge seiner jahrelangen Moderation zwischen Befürwortern und Gegnern der Kerntechnik mit Fachleuten gesprochen, völlig offen was die Sachverhalte und Motive betrifft. Er hat bei Befürwortern und Gegnern der Atomtechnik angemahnt²⁸

„ ... auch die Affekte der anderen Seite als Affekte verantwortlicher Menschen ernst zu nehmen.“

Er illustrierte die Klagen der Befürworter:

„Jedes Beispiel möglicher Unfälle, das unsere Gegner vorbringen, stammt aus unseren eigenen Studien. Aber bei jedem Beispiel dreht man uns das Wort im Munde herum, liest eine behutsame Gefahrenabwägung wie einen Versuch, eine drohende Katastrophe zu verharmlosen, und behandelt uns wie egoistische Interessenvertreter, ja wie entlarvte Verbrecher.“

Die Gegner, „fassungslos angesichts der Zuversicht der Technokraten“, stellen Fragen wie:

„Sind diese Leute wirklich ihrer Gottähnlichkeit so sicher?“ und „Kann ein Experte sich noch zu seinen Fehlern bekennen, der jahrzehntelanger Arbeit im Dienst dieser Sache seine Karriere, sein Ansehen, seine Villa, seine Italienreisen und das Geld für das Studium seiner Kinder verdankt?“

Eine Überprüfung von Risiken kann sich im Detail als aufwendig erweisen, da sind oft viele Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Carl Friedrich von Weizsäcker hat diese

²⁸ Von Weizsäcker, Carl Friedrich: Deutlichkeit. Beiträge zu politischen und religiösen Gegenwartsfragen. Carl Hanser, München 1978, S. 44

Arbeit nie gescheut. Es gibt etliche Anhaltspunkte dafür, wie deutlich er – und auch Werner Heisenberg – Aspekte einer gezielten Militarisierung der zivilen Atomtechnik gesehen haben. Beispiel: Im Kontext der Proliferation von Atomwaffen hat er 1978 notiert²⁹:

Im Zusammenhang mit dem deutschen Reaktorverkauf nach Brasilien ist es über die Kopplung der Waffenproliferation mit der Ausbreitung der Reaktortechnik, speziell der Plutonium-Isolierung in Wiederaufbereitungsanlagen, zu einer schwerwiegenden Kontroverse mit den Vereinigten Staaten gekommen. Eine weltweit politisch akzeptable technische Lösung ist noch nicht gefunden.

Diese Gefahr entwickelte sich allerdings geringer als befürchtet. 2007 wurde über Brasiliens Präsident Lula berichtet³⁰, es gibt zwar neue Pläne aber de facto Stagnation der Rüstungstechnik.

Schwieriger zu beurteilen sind deutsche Planungen für Lieferungen in Krisengebiete, so die Absicht, nicht nur Israel, sondern auch Ägypten U-Boote zu liefern, wobei eine Erklärung ziemlich hilflos klingt³¹: „Nach Informationen der Zeitung hat die Bundesregierung Israel zugesichert, die U-Boot-Lieferung zu stoppen, falls Ägypten sich „feindselig“ gegenüber Israel zeigen sollte.“ Besorgnisse stehen entsprechend aktuell in der Jüdischen Allgemeinen³².

Carl Friedrich von Weizsäcker hat solche Kontroversen wie in Nahost auf Pugwash Konferenzen in Richtung der Erkenntnis gemeinsamer Interessen von Kontroversen moderiert. Die Überwindung des Kalten Krieges war dabei die Grundlage für Rüstungsbegrenzung. Aber je nach Interessen sind die Reaktionen auf Beratungsangebote und Informationsaustausch höchst verschieden. So gab es nur ein geringes Interesse der deutschen Regierung, insbesondere von Franz Josef Strauß, an Ergebnissen der Pugwash Konferenzen und generell der Bemühungen der Physiker um Verfahren zur Rüstungsbegrenzung³³.

Für diejenigen Physiker, die von der deutschen Regierung in Rüstungsplanungen einbezogen wurden, sind Parallelen zu Atomphysikern der USA naheliegend, welche am Bau der ersten Atomwaffen beteiligt waren. Zu Verantwortungsproblematik der Experten hat Robert Jungk recherchiert und notiert³⁴:

Über diese sehr reale Problematik kann man sich nicht mit irgendwelchen schönen Worten hinwegschwindeln. Das sah ich besonders deutlich, als sie mir in der Folgezeit bei den Vertretern eines anderen Berufes in dramatischer Zuspitzung entgegentrat. Ich hatte nämlich begonnen, Material für ein Buch über das so eigenartige und erschütternde Schicksal der Atomforscher in unserer Zeit zu sammeln. Als ich nun mit diesen Männern sprach, als ich begann, ihre Lebensläufe zu studieren, ihre hohe Hoffnung von einst mit ihrer oft bis zur Verzweiflung gehenden Bedrücktheit von heute zu vergleichen, da hörte ich immer wieder die Entschuldigung: „Ich konnte nicht anders. Gewiß: ich wollte keine Atomwaffen bauen. Aber ich wurde dorthin gedrängt, ließ mir

²⁹ Ebd. S. 67

³⁰ Weiss, Sandra: „Wir wollen Atom-U-Boote“. In: Tagesspiegel 12. 7. 2007

³¹ Beschwerde wegen U-Boot-Geschäft mit Ägypten. In: Tagesspiegel 7. 9. 2012

³² Gefährliche Verbündete - Richard Herzinger erkennt in der geplanten deutschen U-Boot-Lieferung an Ägypten hohe Risiken; 13.09.2012, siehe auch <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14002>

³³ Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Königshausen & Neumann, Würzburg (2001), S.255 f.

³⁴ Jungk, Robert: Die Zukunft hat schon begonnen. Rororo Sachbuch 6653, Auflage 1968, S. 231.

eine Konzession nach der anderen abringen und wurde so Schritt um Schritt gezwungen, etwas zu tun, was ich eigentlich nicht tun wollte.“

Ist das nicht eine Situation, die, wenn auch meist in weniger zwingender Form, heute viele berufstätige Menschen kennen? Haben wir uns nicht fast alle angewöhnt, im Berufsleben hinzunehmen, was wir im Privatleben niemals dulden würden? Das „Mitmachen“ wider besseres Wissen und Gewissen scheint geradezu ein Charakteristikum unserer Zeit geworden zu sein.

Doch fand ich, daß es unter den Atomforschern auch eine Minderheit gab, die sich zum Teil schon sehr früh, zum Teil erst später, teilweise konsequent und teilweise in kurzen, heftigen Aufwallungen des Gewissens gegen die von ihnen heraufbeschworene Entwicklungen gewehrt hatte. Einige Wissenschaftler hatten sich, auch wenn dies beträchtliche materielle Opfer nach sich zog, von der Mitarbeit an Waffenprojekten abgewandt ...

Im Bereich von „Dual Use“ der Atomtechnik stellen sich auch in Zukunft genau diese Gewissensfragen in der ganzen Spannweite von geringer bis hoher Beteiligung an Rüstung, nicht nur Atomrüstung.

Fazit

Es gibt eine Fülle von überzeugenden Anhaltspunkten für massive Vorbereitungen zum Aufbau einer deutschen Atomrüstung. Gesteuert durch Franz Josef Strauß umfasste dies die wesentlichen militärtechnischen Erfordernisse zu Atombomben und Trägersystemen. Durch strikte Geheimhaltung wurden sowohl die demokratische Debatte, als auch die gesellschaftlichen Bemühungen der VDW, grundlegend in die Irre geführt. Es sollte nicht überraschen, denn das Ausmaß der Täuschung passt zu dem Ausmaß der emotionalen Empörung, welches Franz Josef Strauß in den Auseinandersetzungen mit den Göttinger 18 gezeigt hatte.

Die Rolle der KTG braucht hierbei nicht hinterfragt zu werden, zumal gerade bei Roland Kollert deutlich wurde, wie die Absicht einer militärischen Nutzung der Atomtechnik keineswegs von der Energiewirtschaft kam.

Mit „Vereinigung“ Deutscher Wissenschaftler betont die VDW eine Art „Wiedervereinigung“ (immer ein mühsamer Prozess ...) der jahrhundertlang getrennten Fakultäten. Hinzu kommt die Aufgabe, laufend neu entstehende Sachgebiete zu integrieren. Wie bei der Atomrüstung deutlich wurde, sind die interdisziplinäre Breite der Wissenschaften und weitgehende Offenlegung vorhandener Informationen notwendige Voraussetzungen zur Lösung genau jener Probleme, welche eben diese Breite laufend bewirkt. Hinreichend können bestenfalls laufende wissenschaftliche und demokratische Bemühungen sein.